

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE
MARKO PRUSINA

Dezember 2016

www.kas.de

3. KAS-HDZ Kommunalpolitischer Kongress

Die KAS veranstaltete gemeinsam mit der HDZ-Stiftung (ZHDZ) vom 09. Bis 10. Dezember 2016 in Trakošćan, im Norden Kroatiens, einen weiteren kommunalpolitischen Kongress zu aktuellen Herausforderungen der Kommunalpolitik in Kroatien. Im Beisein des kroatischen Ministerpräsidenten Andrej Plenković, des Arbeitsministers Dr. Tomislav Čorić sowie des Vizepräsidenten des kroatischen Parlaments und HDZ-Generalsekretärs, Gordan Jandroković berichtete auch der ehemalige Regierungspräsident des Regierungsbezirks Köln, Hans Peter Lindlar über seine Erfahrungen in der kommunalpolitischen Arbeit.

In seiner Begrüßungsrede, bedankte sich der Leiter der HDZ-Stiftung (ZHDZ) **Srećko Prusina** bei der KAS und dem HDZ Ausschuss für lokale und regionale Selbstverwaltung für ihren Einsatz bei der Vorbereitung der Veranstaltung. Er verwies auf die Bedeutung solcher Versammlungen in Vorfeld der anstehenden Kommunalwahlen und betonte, dass sich die lokalen Selbstverwaltungen in Kroatien gerade in einem Umwandlungsprozess befänden, den es zu begleiten gelte.

Der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, unterstrich die Erfahrungen, über die die KAS, gerade was kommunalpolitische Fragestellungen angehe, verfüge und brachte seine Genugtuung zum Ausdruck, dass es gelungen sei, einen erfahrenden Kommunalpolitiker zur Teilnahme an der Veranstaltung zu bewegen, um sich mit seinem kroatischen Kollegen austauschen zu können.

Die KAS bleibe dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet und befürworte jeden Versuch, politische Entscheidungen so nahe wie möglich von den Betroffenen selbst beeinflussen bzw. fällen zu lassen. Je näher die Politik beim Bürger sei, je besser.

Der HDZ-Generalsekretär und Vizepräsident des kroatischen Parlaments, **Gordan Jandroković**, bedankte sich in seiner Eröffnungsrede bei den beiden Stiftungen für ihr langjähriges Engagement in der öffentlichen Debatte politischer Themen. Nach der Verabschiedung des Budgets für 2017 und einer umfassenden Steuerreform sei dies nun ein geeigneter Moment, um sich auch noch mit Fragen der Dezentralisierung und Mobilisierung von EU-Fördermitteln zu befassen. Man sei bestrebt, dass sich Kroatien in allen Regionen so gleichmäßig wie möglich entwickle. Dies sollte nicht durch staatliche Lenkung sondern vor allem durch Anreize bzw. Fördermittel sichergestellt werden. Die Schaffung von Arbeitsplätzen und damit Wirtschaftswachstum erfordere eine steigende Wettbewerbsfähigkeit, die es herzustellen gelte.

Die stellv. HDZ-Parteivorsitzende und MdEP **Ivana Maletić** verwies dann auf EU-Fördermodelle, mit Hilfe derer man die Effektivität der lokalen und regionalen Selbstverwaltungen (Gebietskörperschaften) verbessern könnte. In diesem Zusammenhang sollte man vor allem solche Maßnahmen ergreifen, die im Einklang mit dem Aktionsplan der Regierung für die Umsetzung von Projekten stehen. Eine geforderte Verringerung der Anzahl lokaler und regionaler Selbstverwaltungen lehnte sie ab, da sie den wahren Grund für ausbleibende Erfolge nicht in der Anzahl sondern in der mangelnden Funktionsfähigkeit existierender Entscheidungsprozesse liege. Ziel sei eine noch partnerschaftliche Zusammenarbeit, ohne die keine Weiterentwicklung der Selbstverwaltung erwarten werden könne.

Anschließend hielt der ehemalige Regierungspräsident des Regierungsbezirks Köln und Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen a.D., **Hans Peter Lindlar** einen Vortrag mit dem Thema: „Starke Kommu-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

Dezember 2016

www.kas.de

nen machen einen starken Staat aus. Er berichtete über die Verankerung der Kommunen im deutschen Staatsaufbau, ihre Finanzierung und ihre Selbstorganisation mit Blick auf die eigene Lobbyarbeit“. Er erwähnte zu Beginn den Artikel 28 Absatz 1 Satz 1 des deutschen Grundgesetzes, durch den die Gemeinden das Recht haben, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dies beziehe sich ebenfalls auf die Gemeindeverbände, die im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches das Recht zur Selbstverwaltung hätten. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung erfolge dabei auf der Grundlage finanzieller Selbstverantwortung. Es bedürfe dazu einer klaren Zuordnung von Zuständigkeiten, die der Bund, im Einvernehmen mit den Ländern, mit dem Ziel einer effektiven und bürgernahen Erledigung der örtlichen Aufgaben festlegt. Eine weitere Bedingung für erfolgreiche Kommunen sei die Bürgerbeteiligung an Entscheidungsprozessen. Nur so lassen sich Tendenzen, wie eine sinkende Wahlbeteiligung, schwierige Kandidatensuche und schwierige Abgrenzungsprobleme zwischen staatlicher Rahmensezung und Selbstverwaltung begegnen.

Die Staatssekretärin des Landwirtschaftsministeriums und stellv. Ministerin im Ministerium für regionale Entwicklung und EU-Fonds a.D., **Marija Vučković**, setzte in ihrem Vortrag einen Schwerpunkt auf die regionalen Fördermaßnahmen sowie den Einsatz von EU-Mittel im Jahr 2016 und die Pläne für 2017-20. Sie verwies auf die inzwischen verabschiedeten 16 Gesetze mit insgesamt 775 Artikeln, äußerte sich aber enttäuscht darüber, dass der Steuerreform, in den kroatischen Medien nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Noch im Jahre 2014 hätte der Staat ein Haushaltsdefizit zu verkraften gehabt. Nachdem eine Arbeitsgruppe sich um dieses Problem gekümmert habe, wurde der Körperschaftssteuersatz von 20% zur Diskussion gestellt, da viele Investoren (Unternehmer), bevor er sich entschieden in Kroatien zu investieren, zuerst ein Blick auf den Körperschaftssteuersatz (Gewinnsteuer) werfen. Oft entschieden sie sich dann gegen ein Investment in Kroatien und investierten

stattdessen lieber in den Nachbarländern, in denen Körperschaftssteuersätze von nur 10-15% gelten. Der Einkommensteuersatz in Kroatien von 40% (EU-Durchschnitt: 35%) sei dagegen kein Problem, nur dass die Besteuerung schon so früh einsetze führe zu einer sehr hohen Steuerbelastung auch für Geringverdiener. Seit dem EU-Beitritt könne Kroatien nicht mehr eigenständig seinen Mehrwertsteuersatz regulieren. Dieser dürfe jetzt nur noch max. 27% betragen und liegt damit in einer Gruppe mit Ungarn, Dänemark und Schweden. Die Arbeitsgruppe stellte auch fest, dass Kroatien ein „steuerinstabiler“ Staat, mit häufig sich verändernden Steuergesetzen (40 in 4 Jahren) sei. Deshalb müsse die Steuerreform Ziele, wie die Reduzierung der Steuerlast und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit verwirklichen und gleichzeitig administrative Hindernisse beseitigen, damit die Steuerverwaltung zu einem Partner- bzw. Bürgerservice umgestaltet werden könne.

Eine Herausforderung sehe sie auch in der Tatsache, dass in Kroatien etwa 80.000 Gewerbebetriebe und 186.000 Familienbetriebe existieren, von denen die meisten nicht ins Steuersystem intergriert seien, da sie nur einen Umsatz von weniger als 80.500 Kuna (10.700 Euro) erwirtschaften. Ebenfalls wies sie darauf hin, dass die Unternehmer ab 2018 anstatt eines Umsatzes in Höhe von 230.000 Kuna (30.000 Euro), einen solchen von 300.000 Kuna (40.000 Euro) erreichen müssen, um ins Steuersystem miteinbezogen zu werden. Dies würde zu einer Entlastung von 9.000 Steuerpflichtigen führen, die dann nur noch zur Zahlung einer Pauschalsteuer herangezogen würden, wobei jedoch alle von der Fiskalisierung betroffen sein werden.

Anschließend sprach die Staatssekretärin des Finanzministeriums, **Ivana Jakir Bajo** über praktische Aspekte der Steuerreform. Sie betonte, dass die Änderungen im Einkommensteuersystem wohl einen negativen Einfluss auf die Einnahmen der lokalen Selbstverwaltungen haben werden. Mit der Reform würden für das Jahr 2017 die Beihilfen für lokale Selbstverwaltungen so gehandhabt, dass man (auf monatlicher Basis) die Differenz zwischen der realisierten Einkommenssteuer aus 2016 im Vergleich zu

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

MARKO PRUSINA

Dezember 2016

www.kas.de

2017 auszahlen würde. Für Städte würde es auch zu Veränderungen bei der Bereitstellung von Fördermitteln kommen.

In der folgenden Podiumsdiskussion zum Thema: „Arbeitshindernisse der lokalen (regionalen) Selbstverwaltung“ kritisierte der Bürgermeister der Stadt Zaprrešić und Vorsitzender des Verbandes kroatischer Städte, **Željko Turk**, die Politik der Regierung gegenüber den lokalen Selbstverwaltungen geführt, da sie jedes Jahr die Mittel kürze. Der Gespan der Gespanschaft Split, **Zlatko Ževrnja** verwies dann auf die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft noch im Jahre 2003, dass alle Grundstücke, vor allem Baugelände die vor dem 16. Juni 1990 zum Zweck der Forstwirtschaft gedient haben, sich nun im Staatsbesitz befänden. Deshalb seien in Dalmatien die meisten Baugrundstücke nicht im Eigentum der Gemeinden oder Städte, sondern in Staatseigentum. Dieses Gesetz sei schädlich für die Entwicklung der Kommunen und sollte einer Gesetzesänderung unterzogen werden. **Alojz Tomašević**, Gespan der Gespanschaft Požega verwies anschließend darauf, dass die Gespanschaften und Städte bei der Gründung von Bildungseinrichtungen alle Pflichten, aber keine Kontrollrechte hätten. Seiner Meinung nach sei ein solches Modell, in dem die Gemeinden und Städte Verantwortung tragen müssen, obwohl sie über keine Kontrollrechte verfügen, schädlich. Man müsse sich die Frage stellen, was für ein Ergebnis man vom Bildungssystem erwarten könne, wenn die lokalen Selbstverwaltungen keine Kontrollmöglichkeiten hätten. Besonders in der Landwirtschaft bestehe ein großer Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften und modernen Bildungseinrichtungen.

Der Vorsitzende der Gemeinschaft kroatischer Gespanschaften und Gespan der Gespanschaft Šibenik, **Goran Pauk**, widmete sich dann dem Problem der Arbeitseffizienz der Gespanschaften (Landkreise). Pauk stellte fest, dass alle Gespanschaften zusammen etwa 2.200 Angestellte hätten und einen Umsatz von 3,7 Mrd. Kuna zu verantworten hätten. Die Stadt Zagreb hätte dagegen schon alleine etwa 2.800 Angestellte und alle anderen Gemeinden und Städte

zusammen nur etwa 10.200, wobei der Gesamtumsatz bei 18.5 Mrd. Kuna liege. Allein der Staat würde etwa 50.000 Angestellte beschäftigen. Von den 230.000 im Öffentlichen Sektor angestellten seien knapp 0.85% in den Gespanschaften beschäftigt.

Der Ministerpräsident der Republik Kroatien, **Andrej Plenković**, beendete schließlich die Veranstaltung mit einigen Schlussworten.

Die Tatsache, dass man während der Veranstaltung über die EU-Mittel und ihre Nutzung diskutiert habe, sehe er äußerst positiv, denn ein Drittel der EU-Mittel sei für regionale Entwicklung vorgesehen.

Durch die Verknüpfung von EU-, Staats- und Lokalmitteln müsste man in eine bessere Position gelangen, seine strategischen Ziele umzusetzen. Allerdings sei Kroatien derzeit weiterhin ein stark zentralisiertes Land und man müsse erst sehen, auf welche Weise das Konzept der fiskalischen und systematischen Dezentralisierung das System effizienter machen könne. Dazu verwies er darauf, dass im Staatshaushalt für das Jahr 2017 Fördermittel für die lokalen (regionalen) Selbstverwaltungen gesichert seien. Dabei handele es sich um Fördermittel in Höhe von vier Mrd. Kuna.

Die Konferenz habe sich aus deshalb als sehr nützlich erwiesen, da sie einen Beitrag zur Verwirklichung der eigenen Ziele leisten würde. Einer dieser Ziele sei die Debatte aller zwischen der Regierung und den lokalen (regionalen) Selbstverwaltungen existierenden Probleme, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen und damit die Erwartungen der Bürger zu erfüllen. Abschließend bedankte er sich noch einmal bei der Konrad-Adenauer-Stiftung für deren Unterstützung und beendete die Konferenz.